

# SAMMELSURIMUM

## Deutsche Interessen

Zu welch tödlichen Zwecken die NS-Vergangenheit des deutschen Staates als Rechtfertigung herangezogen werden kann, offenbarte niemand in solcher Deutlichkeit wie die 1998 gewählte rot-grüne Bundesregierung: „Nie wieder Auschwitz“ (Joschka Fischer) wurde zum Credo der deutschen Außenpolitik, zur Legitimation des ersten deutschen Angriffskrieges nach 1945, und damit auch zum roten Teppich auf dem Weg zurück in die Normalität der Staatengemeinschaft, wo die kriegerische deutsche Vergangenheit kein Thema mehr ist. Als konkrete Rechtfertigung für den Kosovo-Krieg 1999 – ergo als Auschwitz-Vergleich – wurde damals exemplarisch der Fund von 45 Leichen im kosovarischen Dorf Račak im Januar 1999 herangezogen. Es handelte sich dabei angeblich um Opfer eines Massakers durch serbische Sicherheitskräfte – klar ist das jedoch bis heute nicht.

Zehn Jahre später: Im Kosovo ist für einige Bevölkerungsgruppen keineswegs Frieden eingeleitet. Die internationale Roma-Organisation Chachipe berichtet seit Monaten von andauernden Gewalttaten gegen Roma im Kosovo. Darüber wird derzeit allerdings nicht mehr so gern diskutiert: „Die (...) ethnisch motivierten Gewalttaten sind in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen“, heißt es von Seiten der Bundesregierung lapidar. Denn die deutschen Interessen sind mittlerweile anders

gelagert: Nun will sich der deutsche Staat der Menschen wieder entledigen, die infolge des Kosovo-Krieges nach Deutschland geflüchtet sind. Folgerichtig hat die Bundesregierung im letzten Herbst ein Rücknahmeübereinkommen mit dem Kosovo geschlossen, in dem sich der Kosovo verpflichtet, jegliche Personen, und damit auch abgeschobene Roma wieder aufzunehmen, sobald nachgewiesen ist, dass die Flüchtlinge vormals auf dem Gebiet des heutigen Kosovo gelebt hatten. Von sicheren Lebensverhältnissen oder gar einer medizinischen und sozialen Versorgung ist in dem Abkommen freilich keine Rede. Tatsächlich liegt die Arbeitslosigkeit unter den Roma bei annähernd 100 Prozent. Nach Berichten von Pro Asyl sind viele unter ihnen darauf angewiesen, sich mit Subsistenzwirtschaft über Wasser zu halten. Diejenigen, die aus Deutschland oder anderen europäischen Ländern in den Kosovo zurückkehren, können in den seltensten Fällen in ihre alten Häuser zurückkehren, da diese zerstört sind oder der kosovarische Staat die Eigentumsverhältnisse nicht zu ihren Gunsten klärt.

Der deutsche Staat hat mit all dem kein Problem und setzt mit seiner Politik einmal mehr ein Beispiel. Als Vertreter des Innenministeriums entgegen den Forderungen von Flüchtlingsorganisationen und des Europarates im Mai letzten Jahres deutlich machten, dass sich Deutschland nicht „das Abschieberecht streitig machen lassen wird“, erklärten auch die Schweiz, Österreich und Schweden, Roma von nun an abzuschieben. Insgesamt droht in den nächsten Jahren bis zu 10.000 Roma die Abschiebung aus Deutschland in den Kosovo. Mehrere Sammelabschiebungen wurden Ende letzten Jahres bereits vollzogen. (ml)

## Liebe Referendar\_innen!

Vielleicht kennt Ihr das: „Es wär‘ doch schön, wenn wir da noch eine Strafbarkeit hinkriegen. Machen Sie doch dazu mal ein Gutachten.“ Eine staatsanwaltliche Aufgabenstellung. Und jetzt? Was macht mensch in dieser Situation: die Arbeit völlig verweigern, versuchen, sie den eigenen Vorstellungen möglichst anzugleichen oder den Kopf einziehen?

Wir, das ist bislang eine Handvoll Referendar\_innen, möchten uns kritisch damit auseinandersetzen, was wir während des Referendariats alles machen müssen. Dafür wollen wir eine Webseite erstellen, die Informationen anbietet und Vernetzungsmöglichkeiten schafft. Es soll dabei nicht um Noten, Karrierechancen oder einzelne Fallgestaltungen gehen.

Stattdessen wollen wir Erfahrungsberichte über Situationen sammeln, in denen Ihr zu der Auffassung gelangt seid, dass Ihr eine bestimmte Aufgabe aus politischen oder moralischen Gründen nicht erledigen wollt (z. B. du musst auf Freiheitsstrafe ohne Bewährung plädieren, findest aber, dass Freiheitsstrafe abgeschafft gehört oder in diesem speziellen Fall nicht angemessen ist), ihr diese möglicherweise auch verweigert habt und euch dann bestimmte Folgen getroffen haben.

Wenn Ihr also Interesse habt, Erfahrungen auszutauschen, diese zu Papier zu bringen und Ideen zu sammeln, dann meldet euch doch bei: [referendariat@akj-berlin.de](mailto:referendariat@akj-berlin.de), schaut bei einem unserer nächsten Treffen vorbei oder schickt uns Eure Gedanken. Infos bald auch unter [www.kritische-referendarinnen.de](http://www.kritische-referendarinnen.de). Herzlich willkommen sind natürlich auch diejenigen unter euch, die das Referendariat noch vor sich haben und sich jetzt schon darüber Gedanken machen und alle, die es schon hinter sich haben.

## Gruppenpraktikum in Berlin

Vom 1. bis zum 26. März 2010 findet in Berlin das jährliche Gruppenpraktikum vom akj berlin (HU) und den kritischen jurist\_innen FU Berlin statt.

Wir bieten euch Praktikumsplätze bei linken und engagierten Anwaltskanzleien in Berlin. So habt ihr z. B. die Möglichkeit, Einblicke in die Arbeit politischer Strafverteidiger\_innen, das Arbeitnehmer\_innenrecht, Mietrecht, Sozialrecht oder das Asyl- und Ausweisungsrechts zu bekommen. Außerdem gibt es an einem Tag in der Woche Vorträge von Anwältinnen und Anwälten zu rechtspolitischen Themen aus ihrer anwaltlichen Praxis mit anschließender Diskussion. Auch habt ihr die Möglichkeit, euch über eure Erfahrungen und Erkenntnisse während des Praktikums auszutauschen. Nicht zuletzt ist ein wöchentlicher Kneipenabend fester Bestandteil des Gruppenpraktikums.

Weitere Infos unter: [www.gruppenpraktikum.de](http://www.gruppenpraktikum.de).

Anmeldung und Fragen an [akj@gruppenpraktikum.de](mailto:akj@gruppenpraktikum.de).



Bild: akj Berlin